

## Vertrag<sup>1</sup>

### **zwischen**

AOK Nordost. Die Gesundheitskasse.  
14467 Potsdam

– im Folgenden auch Auftraggeberin genannt –

### **und**

---

---

---

– im Folgenden auch Auftragnehmer/in genannt –

gemeinsam im Folgenden als die Parteien bezeichnet

**wird folgender Vertrag geschlossen:**

---

<sup>1</sup> Der nachfolgende Hinweis wird vor Zuschlag entfernt:

Bei Aufträgen, die im Wege eines Vergabeverfahrens vergeben werden, erfolgt der Vertragsschluss grundsätzlich bereits mit der Erteilung des Zuschlags. Eine gegenseitige Unterschrift erfolgt dann lediglich zu Dokumentationszwecken. In Ausnahmefällen kann jedoch die Schriftform vorgeschrieben sein (Bsp.: § 56 SGB X). In diesen Fällen sind die jeweils vorgegebenen Formvorgaben zu beachten (Bsp.: Unterschrift).

## **Inhaltsübersicht**

§ 1	Vertragsgegenstand .....	4
§ 2	Vertragsbestandteile .....	4
§ 3	Vergütung/Preis.....	4
§ 4	Haftung und Versicherung .....	5
§ 5	Unterauftragnehmer .....	5
§ 6	Vertraulichkeit .....	6
§ 7	Sonstige Bestimmungen.....	6
§ 8	Salvatorische Klausel .....	7

## **Anlagen zum Vertrag<sup>2</sup>**

Anlage B.03:	Preisblatt
Anlage D.01a:	Zusätzliche Vertragsbedingungen
Anlage D.01b:	Besondere Vertragsbedingungen
Anlage D.02:	Funktionale Ausbaubeschreibung

---

<sup>2</sup> Die bei den Anlagen in Klammern geführten Bezeichnungen (Bsp.: Anl B.03) sind diese, wie sie in dem, dem Vertrag zugrundeliegenden, Vergabeverfahren verwendet wurden.

## **Präambel**

Die AOK Nordost – Die Gesundheitskasse ist die Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit Sitz in Potsdam. Sie ist Teil der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland und mit etwa 1,73 Millionen Versicherten die größte gesetzliche Krankenkasse im Nordosten Deutschlands.

## **§ 1 Vertragsgegenstand**

- (1) Die/Der Auftragnehmer/in wird von der Auftraggeberin mit der vertragsgegenständlichen Leistung beauftragt.
- (2) In Zweifelsfällen ist für die Auslegung des Vertrages der in den gesamten Vergabeunterlagen zum Ausdruck gekommene Wille der Auftraggeberin maßgebend. Als Widerspruch gilt nicht, wenn in den Vergabeunterlagen oder im Vertrag Nebenpflichten einer Partei begründet werden, die im jeweils anderen Dokument fehlen.

## **§ 2 Vertragsbestandteile**

- (1) Sämtliche Leistungen müssen unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und Regelungen erfolgen. Vertragsbestandteile sind folgende Unterlagen in nachstehender Reihenfolge
  1. dieser Vertrag nebst seinen Anlagen
  2. die veröffentlichte Leistungsbeschreibung
  3. die Bewerbungsbedingungen zum Vergabeverfahren, welches Grundlage für die Vergabe des hier gegenständlichen Auftrags war, nebst allen Anlagen und Anhängen
  4. das Protokoll bzw. der Schriftverkehr zu den Verhandlungsgesprächen, sofern der Auftrag im Wege einer freihändigen Vergabe oder eines Verhandlungsverfahrens vergeben wurde
  5. der Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen in der bei Einleitung des Vergabeverfahrens (VOB/B) jeweils geltenden Fassung
  6. das Angebot der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers vom **xx.xx.xxxx**.
- (2) Im Falle von Widersprüchen gelten die Bestandteile des Vertrages in der sich aus vorstehendem Abs. 1 ergebenden Rang- und Reihenfolge. Soweit innerhalb einer Ziffer eines Vertragsbestandteils Widersprüche bestehen, gilt grundsätzlich die dort genannte Rang- und Reihenfolge unter der Prämisse, dass die jeweils weitergehende und/oder qualitativ höherwertige Anforderung/Leistung als vereinbart gilt. Keine Anwendung findet diese ausschließlich für Widersprüche geltende Rangfolge, sofern sich eine etwaige Unklarheit und/oder Unvollständigkeit in einer vorrangigen Vertragsgrundlage durch eine nachrangige Vertragsgrundlage beseitigt/vervollständigt lässt.
- (3) Allgemeine Geschäftsbedingungen, Allgemeine Leasingbedingungen, Allgemeine Servicevertragsbedingungen und ähnliche der/des Auftragnehmers/-in sind ausgeschlossen und werden auch nicht nachrangig Vertragsbestandteil.

## **§ 3 Vergütung/Preis**

Die Vergütung/ der Preis erfolgt nach Aufwand (vgl. Leistungsbeschreibung und Preisblatt).

#### **§ 4 Haftung und Versicherung**

Der Auftragnehmer weist spätestens 4 (vier) Wochen nach Zuschlag der Auftraggeberin nach, dass er über eine Berufs- und/oder Betriebshaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU verfügt, welche mindestens folgende Haftungsrisiken abdeckt:

- 10 Mio. EUR für Sachschäden
- 10 Mio. EUR für Personenschäden
- 100.000 EUR für Vermögensschäden, inklusive Verletzung von Datenschutzbestimmungen (nur sofern auch datenschutzrechtliche Anforderungen im Zusammenhang mit dem Vertrag bzw. Leistung tatsächlich bestehen)

Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz bis zur Verjährung aller Mängelansprüche aus diesem Vertrag aufrechterhalten. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, ist die Auftraggeberin nach erfolgloser angemessener Fristsetzung zur Kündigung dieses Vertrags aus wichtigem Grund berechtigt. Weitergehende Ansprüche der Auftraggeberin, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt.

#### **§ 5 Unterauftragnehmer**

- (1) Die Weitergabe von Teilleistungen an Unterauftragnehmer/innen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Auftraggeberin. Soweit der Einsatz oder der Austausch einer/s Unterauftragnehmerin/s beabsichtigt ist, ist die Auftraggeberin im Vorfeld rechtzeitig zu informieren. Im Rahmen der Information hat der/die Auftragnehmer/in durch eine schriftliche Erklärung der/des Unterauftragnehmers/in nachzuweisen, dass sie/er tatsächlich über die Mittel und Kapazitäten dieser/s Unterauftragnehmers/in verfügt. Bloße Zulieferungen oder rein unterstützende Hilfstätigkeiten sind nicht als Unteraufträge im Sinne dieser Regelung zu verstehen.

Die Zustimmung gilt als erteilt für die in dem Angebot der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers konkret als Unterauftragnehmer benannten Unternehmen für die dort jeweils genannten Leistungen

- (2) Im Falle des Einsatzes einer/s Unterauftragnehmers/in kann die Auftraggeberin die/den Auftragnehmer/in auffordern nachzuweisen, dass bei der Auswahl der/des Unterauftragnehmers/in der Wettbewerb gewahrt worden ist, soweit die Leistungen nicht auf der Grundlage der zwischen den Parteien vertraglich festgelegten Preise vergütet werden.
- (3) Die vertraglichen Vereinbarungen zwischen Auftragnehmer/in und Unterauftragnehmer/in sind so zu gestalten, dass sie den Bestimmungen des hier gegenständlichen Vertragsverhältnisses entsprechen. Durch die Übertragung von Aufgaben auf Dritte darf die pflichtgemäße Vertragserfüllung, insbesondere der Vertragszweck, die vereinbarten Termine, die Einhaltung der Vorschriften und Vereinbarungen über Datenschutz und Geheimhaltung weder gefährdet noch beeinträchtigt werden. Die/die Auftragnehmer/in hat dies durch entsprechende vertragliche Vereinbarungen mit seinen jeweiligen Unterauftragnehmern/innen sicher zu stellen und auch sonst sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die in Satz 1 formulierten Anforderungen zu erfüllen.
- (4) Die Auftraggeberin kann eine bereits erteilte Zustimmung widerrufen, sofern sich nachträglich herausstellt, dass die/die Unterauftragnehmer/in nicht geeignet ist, die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde die Unterbeauftragung untersagt oder die Unterbeauftragung Störungen im Vertragsverhältnis zwischen Auftragnehmer/in und Auftraggeberin zur Folge hat.

- (5) Der Einsatz eines Unterauftragnehmers entbindet die Auftragnehmerin/den Auftragnehmer nicht von ihren/seinen vertraglichen und gesetzlichen Pflichten. Insbesondere bleibt seine/ihre Haftung für die vollständige und ordnungsgemäße Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistung unberührt. Die/Der Auftragnehmer/ haftet für Handlungen und Unterlassungen der Unterauftragnehmer/innen so, als hätte er diese selbst begangen.
- (6) Die Regelungen der Absätze 1 bis 6 gelten entsprechend für jede weitere Stufe in der Kette der Unterauftragnehmer/in. Die/Der Auftragnehmer/in stellt in solchen Fällen sicher, dass nachgeordnete Unterauftragnehmer/innen durch ihre/seine direkte Unterauftragnehmer/in entsprechend verpflichtet werden.

## **§ 6 Vertraulichkeit**

- (1) Die Auftraggeberin wird alle zu ihrer Kenntnis gelangenden Geschäftsvorgänge sowie alle damit zusammenhängenden Unterlagen und Daten der/des Auftragnehmers/in streng vertraulich behandeln. Die Auftraggeberin verpflichtet sich, die Geheimhaltungspflicht sämtlichen Angestellten und/oder Dritten, die Zugang zu den vorbezeichneten Geschäftsvorgängen haben, aufzuerlegen. Die Geheimhaltungspflicht gilt zeitlich unbegrenzt über die Dauer dieses Vertrages hinaus. Die Datenschutzbestimmungen dieses Vertrages sind zu beachten.
- (2) In gleicher Weise wird die/der Auftragnehmer/in über von der/dem Auftraggeber/in Betriebsgeheimnisse, Unterlagen und sonstigen Kenntnisse Stillschweigen bewahren.
- (3) Die Parteien sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln. Zur Erbringung der Leistung erforderliche Unterlagen können an Unterauftragnehmer/innen gegeben werden, wenn der Datenschutz garantiert ist und entsprechende Datenschutzerklärungen und Prozessbeschreibungen sowie Datenflussbeschreibungen der Auftraggeberin vorgelegt werden.
- (4) Die Weitergabe darf nur im Rahmen der vertraglich vereinbarten Zwecke erfolgen. Der Erfahrungsaustausch der Auftraggeber/in mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten der Auftraggeberin. Unberührt bleibt die Pflicht zum vertraulichen Umgang mit, auf Grundlage dieses Vertrages, erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.

## **§ 7 Sonstige Bestimmungen**

- (1) Die/Der Auftragnehmer/in verpflichtet sich, bei der Erfüllung seiner vertraglichen Leistungen die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Mindestlohngesetzes und des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes – soweit er dazu nach § 20 des Mindestlohngesetzes verpflichtet ist – in der jeweils aktuellen Fassung zu beachten. Bei der Einschaltung von Unterauftragnehmer/innen sind die vertraglichen Vereinbarungen zwischen der/dem Auftragnehmer/in und Unterauftragnehmern/innen so zu gestalten, dass sie den Bestimmungen des hier gegenständlichen Vertragsverhältnisses entsprechen. Werden gegenüber der Auftraggeberin Ansprüche aufgrund des Mindestlohngesetzes geltend gemacht, besteht ein Freistellungsanspruch der Auftraggeberin gegenüber dem/der Auftragnehmer/in. Der Auftraggeberin ist auf Verlangen jederzeit eine umfassende und unverzügliche Auskunft in Bezug auf Zahlung des Mindestlohns zu erteilen.

- (2) Ansprüche der Vertragsparteien aus diesem Vertrag müssen innerhalb von 6 Monaten nach ihrer Entstehung schriftlich gegenüber der anderen Partei geltend gemacht werden. Andernfalls sind sie ausgeschlossen. (2) Wird ein Anspruch fristgerecht geltend gemacht, so muss er innerhalb von 6 Monaten nach Ablehnung oder Nichtreaktion der anderen Partei gerichtlich geltend gemacht werden, andernfalls erlischt er endgültig.
- (3) Der Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Internationalen Privatrechts und des UN-Kaufrechts.
- (4) Als ausschließlichen Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag unter Kaufleuten, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen vereinbaren die Parteien Potsdam.

## **§ 8 Salvatorische Klausel**

- (1) Änderungen dieses Vertrags oder seiner Bestandteile bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Klausel. Mündliche Nebenabsprachen haben keine Wirkung.
- (2) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags unwirksam sein oder werden, oder sollte der Vertrag eine Regelungslücke enthalten, so wird hierdurch die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen nicht berührt.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Für die/den Auftragnehmer/in

**[Name]**

[Funktion]

\_\_\_\_\_  
Für die Auftraggeberin

**[Name]**

[Funktion]